

Euro und EU sind am Abgrund

Es bricht auseinander, was nie zusammengehört hat. Die Szenarien der Höllenfahrt¹ nehmen Gestalt an.

Teil 1: Die Ruhe vor dem Sturm

Von Hermann Patzak

Atemberaubend ist das Tempo, mit dem ein politisches Kunstgebilde implodiert, dessen Architekten ein gemeinsames Ziel verfolgten: die mächtigste Nation in Europa unter Kuratel zu nehmen, sie einzuhegen und ihr ökonomisches Potential für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Der Hebel, mit dem das Ziel erreicht werden sollte – die Wirtschaft – ist morsch geworden. Gerade mit dieser Bruchstelle hatte niemand gerechnet!

Am Anfang schwebte den Polit-Architekten unter der wohlwollenden Beobachtung der USA, vielleicht sogar unter deren klammheimlicher Anleitung, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vor, dann eine politische Union souveräner Staaten und zuletzt ein Konstrukt mit einer gemeinsamen Währung, das aber kein Unionsstaat sein durfte, weil die treibenden und nutznießenden Kräfte dann doch die Besonderheiten ihrer eigenen Kultur, Geschichte und Sprache und die damit verbundene eigene Souveränität selbst hätten aufgeben müssen.

Ein vergleichbares Staatengebilde hatte die Welt bis dahin noch nicht gesehen. Doch die Macher des Konstrukts waren sich sicher, daß es funktionieren würde. Sie waren sogar so frivol zu behaupten, daß Europa sonst nicht überleben könnte, ja daß dies der Krönungsweg zur „Weltmacht Europa“ sei. Wer das für eine maßlose Übertreibung oder sogar Unterstellung hält, der höre sich den Originalton des Leitenden Redakteurs für Außenpolitik der „Frankfurter Allgemeinen“² vom 1. März 2010 an: *„Die „Macht“ der EU beruht auf der Kraft ihrer Wirtschaft und auf der Stabilität des Euro“*. Die Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 sieht er als Wendepunkt an, denn *„Fortan könne sich die EU auf das Wesentliche konzentrieren, zum Beispiel auf die Stärkung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen und auf die selbstbewußte Wahrnehmung europäischer Interessen in der Welt.“*³ Das ist nicht die Meinung eines Außenseiters. So denken und reden die Eliten in Politik, in den Chefetagen der großen Leitmedien und die Bosse in Wirtschaftsverbänden und Großunternehmen.

Sie halten die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise für einen unglücklichen Betriebsunfall, der bald überwunden sein würde und versprechen gar, stärker aus der Krise herauszukommen als sie hineingegangen sind (Angela Merkel). Schon wenige Monate nach Ausbruch der Krise, im Sommer 2007, erklärten sie die Krise für beendet. In Wirklichkeit versinken sie immer weiter in einem Morast, aus dem sie keinen Ausweg wissen. Doch das können und dürfen sie nicht zugeben! Jetzt stehen sie sogar vor dem Zusammenbruch der Euro-Union und sind ratlos, wie sie ihn noch verhindern könnten. Frech leugnen sie die Gefahr einfach, wie Kanzlerin Merkel in einem FAZ-Interview⁴:

¹ Hans Dietrich Sander, Staatsbriefe 1993.

² Klaus-Dieter Frankenberger in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.02.2010, Seite 1.

³ Ebenda.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.02.2010 Seite 3.

„Zunächst ist festzuhalten, dass sich der Euro in der Finanzkrise bewährt hat und der EU große Turbulenzen erspart geblieben sind. Der Euro ist jetzt zum ersten Mal seit seiner Einführung in einer schwierigen Situation, die er aber bestehen wird.“ Wie er aber bestehen soll, das sagt sie nicht, denn sie weiß es selbst nicht! Von der Sache her bleibt festzuhalten, dass eine DM -Währung auch in dieser Weltwirtschaftskrise nie zum Objekt der Spekulation geworden wäre, weil

(1) die Steigerung der deutschen Staatsverschuldung wegen der Weltwirtschaftskrise im Vergleich zu den anderen Ländern moderat war und weil

(2) eine souveräne Währung jeden Spekulationsangriff automatisch durch Abwertung abwehren würde.

Diese Abwertung widerfährt jetzt auch dem Euro und trifft alle Euro - Volkswirtschaften, die in den Sog der Spekulation gegen den Euro hineingezogen werden, auch wenn sie ihre eigene Verschuldung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise nur sehr maßvoll erhöht haben. Die Wertminderung des Euro verdanken sie den sogenannten PIIGS⁵ - Ländern (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien). Sie haben die Stabilitätskriterien des Maastricht Vertrages von Anfang an verletzt.⁶

	1996	Inflationsrate	HH-Defizit	StaSchu/BIP
Finnland		1,1	3,3	61,3
Schweden		1,1	3,9	78,1
Deutschland		1,3	4	60,2
Luxemburg		1,4	0,9	7,8
Niederlande		1,4	2,6	78,7
Österreich		1,8	4,3	71,7
Belgien		1,9	3,3	130,6
Frankreich		2,1	4	56,4
Irland		2,1	1,6	74,7
Dänemark		2,3	1,4	70,2
Portugal		2,9	4	71,1
Großbritannien		3	4,6	56,2
Spanien		3,6	4,4	67,8
Italien		4,2	6,6	123,4
Griechenland		8,3	7,9	110,6

Die Griechen haben ihre Bilanzen und Statistiken sogar gefälscht. Im Geschäftsleben sind das kriminelle Taten. In den Dimensionen von Milliarden und von Politikern begangen, werden sie nicht geahndet.

Jetzt werden alle Euro-Länder, auch Deutschland als größter Nettoeinzahler in den EU-Haushaltstopf, nochmals zur Kasse gebeten. Nicht nur weil sie Griechenland trotz aller gegenteiligen Beteuerungen⁷ helfen müssen, wenn sie „Euroland“ retten wollen, sie werden auch durch die Euro-Abwertung in den letzten 2 Monaten, z.B. an den Tankstellen oder beim Heizölkauf zur Kasse gebeten, weil sich durch die Euro-Abwertung ihr reales Austauschverhältnis für Importgüter (Terms of Trade) verschlechtert hat. Das wäre den Deutschen nicht widerfahren, wenn sie noch ihre DM

⁵ Pig ist das englische Wort für Schwein.

⁶ Zahlen aus: Der Spiegel 1997, Nr. 8, Seite 32.

⁷ Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU) schließt die Haftung einzelner Mitgliedstaaten in Artikel 125 für die Schulden eines anderen Landes aus (Bail-out-Regelung).

hätten. Jetzt werden alle Euro-Länder dafür abgestraft, weil sich einige nicht an die Vorschriften der Europäischen Währungsunion gehalten haben!

Den Bürgern ist das „Notopfer PIIGS“ gar nicht bewußt und es wird ihnen auch nicht gesagt. Warum eigentlich nicht? Sollen sie das nicht wissen? Sie führen weiterhin brav ihre Steuern ab, die dann zum Teil an die EU fließen und von der EU-Kommission an jene Mitgliedsländer verteilt werden, die nach den Wertvorstellungen der Politik die Gelder am nötigsten brauchen. Wie diese Verteilung innerhalb der EU-Staaten erfolgt, zeigt eine Statistik der Nettoeinzahler und der Nettoempfänger aus dem Jahr 2003.⁸

Deutschland	7.652
Großbritannien	2.763
Niederlande	1.956
Frankreich	1.911
Schweden	950
Italien	794
Belgien	775
Österreich	336
Dänemark	214
Luxemburg	56
Finnland	21
Spanien	-8.733
Portugal	-3.482
Griechenland	-3.368
Irland	-1.565

(Zahlen in Mio. Euro)

Und siehe da, mit Ausnahme Italiens sind es wieder die PIIGS. Und in Griechenland streikt man vor Zorn, weil die Alimente (aus Deutschland) nicht mehr fließen sollen? Die Nettozahler und Nettoempfänger sind bekannt, die Statistiken werden regelmäßig veröffentlicht. Doch die weit größeren volkswirtschaftlichen Belastungen, wie die Verschlechterung der bereits oben genannten Terms of Trade, werden den Bürgern in den Veröffentlichungen nicht präsentiert.

Welch paradoxe Welt! Sie kann auf Dauer keinen Bestand haben.

Die Nutznießer des EU-Haushaltes und ihre Reihenfolge hat sich in den Jahren nach 2003 geändert, wie jedermann weiß. Doch die der Nettozahler, insbesondere die Spitzenposition Deutschlands hat sich nicht geändert, wie die Zahlen aus dem Jahr 2008 zeigen⁹:

Deutschland	7836
Italien	4637
Frankreich	4495
Niederlande	1551
Großbritannien	993
Griechenland	-6201
Polen	-4330
Portugal	-2642
Spanien	-2461
Rumänien	-1538

⁸ Frankfurter Allgemein Zeitung vom 16.06.2005, Nr. 137 / Seite 3.

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.09.2009 Seite 11.

Diese Artikelserie wird in den nächsten Tagen fortgesetzt mit den Themen:
Wie und warum kam es eigentlich zur Gründung von Euro-Land?
Warum kann eine „Währungsunion Euro-Land“ nicht existenzfähig sein?
Die Rolle internationaler Finanzspekulant \ddot{a} n im Globalkapitalismus und
wie mu \ddot{b} eine künftige Weltwirtschaftsordnung organisiert sein?

© www.hpatzak.de 07.03.2010